

17. Jahrgang, Ausgabe 2 August 2011

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: (0391) 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: www.eak-sachsenanhalt.de

Einer trage des Anderen Last...

In dieser Ausgabe:

| | |
|---|-------------|
| <i>Einer trage des Anderen Last</i> | 1-2 |
| <i>Zur Präimplantationsdiagnostik</i> | 2, 3-6, 6-7 |
| <i>Relativitäts-Theologie</i> | 4-7 |
| <i>Mission und Toleranz</i> | 8-16 |
| <i>Das Profil der CDU</i> | 21 |
| <i>Was hält uns Zusammen?</i> | 21 |
| <i>Was für ein langes Leben (nicht) hilfreich ist</i> | 22 |

„Wenn wir im Geist leben, so lasst uns auch im Geist wandeln. Lasst uns nicht nach eitler Ehre trachten, einander nicht herausfordern und beneiden.

Liebe Brüder, wenn ein Mensch etwa von einer Verfehlung ereilt wird, so helf ihm wieder zurecht mit sanftmütigem Geist, ihr, die ihr geistlich seid; und sieh auf dich selbst, dass du nicht auch versucht werdest.

Einer trage des andern Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen.

Denn wenn jemand meint, er sei etwas, obwohl er doch nichts ist, der betrügt sich selbst. (...)

Irret euch nicht!

Gott lässt sich nicht spotten. Denn was der Mensch sät, das wird er ernten.

Wer auf sein Fleisch sät, der wird von dem Fleisch das Verderben ernten; wer aber auf den Geist sät, der wird von dem Geist das ewige Leben ernten. Lasst uns aber Gutes tun und nicht müde werden; denn zu seiner Zeit werden wir auch ernten, wenn wir nicht nachlassen. Darum, solange wir noch Zeit haben, lasst uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen.“ (Galater 5,25-26; 6,1-3.7-10)

Die Ausleger streiten, ob Paulus die Gemeindesituation im Blick hat oder ob er allgemein gute Ratschläge geben will. Ich will dies einmal dahingestellt sein lassen, weil ich über die Gemeindesituation hinaus fragen will, wie weit das „Tragen des Anderen Last“ im Verhältnis von Gemeinschaften von Menschen,

ja Gemeinschaften von Staaten gehen sollte. Wir werden schnell einer Meinung sein, dass bei einer unverschuldeten Notlage Hilfe angesagt sein sollte. Aber was ist, wenn die Notlage durch eigenes Tun oder Unterlassen mit verschuldet ist? Ist es dann nicht angezeigt, gerecht und, um zukünftig verantwortliches Handeln zu erreichen, gar geboten, mit einem vorzeitigem Tragen der Last zurückhaltend zu sein? Wahrscheinlich muss die Antwort „ja“ heißen und es ist das Maß der zu gewährenden Hilfe unter vielerlei Gesichtspunkten klug abzuwägen.

Nun will ich nicht länger als Rätsel offen lassen, welche menschliche Gemeinschaft ich im Blick habe. Es geht mir um die Europäische Union, speziell die Europäische Währungsunion

und die ins Straucheln geratenen Staaten, am stärksten betroffen wohl Griechenland.

Griechenland hat wohl seit Jahren über seine Verhältnisse gelebt und den Zutritt zum Euro nur durch eine „spezielle“ Buchführung erhalten. Aber was heißt das, dass ein Staat über seine Verhältnisse lebt? Das heißt noch längst nicht, dass die meisten Bürger persönlich über ihre Verhältnisse leben. Schlechte Regierungsführung und zu große Unterschiede im Einkommen und in der Vermögensverteilung haben in der Geschichte schon so manchen Staat ins Wanken gebracht. Wer im Osten Deutschlands alt genug ist, der hat in seinem Leben schon drei Währungsschnitte erlebt.



Einer trage des Anderen Last

**„Zwei Wochen
Krieg in Europa
kosten mehr, als
uns die
Europäische
Gemeinschaft in
ihrer ganzen
Geschichte
gekostet hat.“
(Jean-Claude
Juncker)**

Die Einigung Europas mit dem Kernstück einer gemeinsamen Währung hat den Bürgerinnen und Bürgern Europas schon so viel Segen gebracht, dass es großer Anstrengungen wert ist, dass kein Staat und damit keine Bürger „verloren“ gehen. Der Luxemburger Ministerpräsident Jean-Claude Juncker hat einmal sehr treffend gesagt: „Zwei Wochen Krieg in Europa kosten mehr, als uns die Europäische Gemeinschaft in ihrer ganzen Geschichte gekostet hat.“ Wem dieser Vergleich zu drastisch erscheint, der sei daran erinnert, dass die seit langem längste Friedensperiode in Europa mit Sicherheit untrennbar mit der Existenz der Europäischen Union verbunden ist. Es steht also wirklich viel auf dem Spiel. Wenn Griechenland fällt, kann Europa fallen und die europäischen Staaten könnten wieder versucht sein, einen vermeintlichen „Ausweg“ in einer Renationalisierung ihrer Politiken zu suchen. „Einer trage des Anderen Last“, aber zwingt ihn auch, sich zukünftig vernünftig zu verhalten, könnte nicht nur ein guter Ratschlag des Paulus für alle Lebenslagen sein, es könnte auch die einzig mögliche Überlebensstrategie Europas sein.

EKD kritisiert PID- Gesetz als „zu weit gehend“

**Schneider: „Diskussion fachkundig
und mit großem Ernst“**

EKD Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, hat anlässlich der Entscheidung des deutschen Bundestages zur Präimplantationsdiagnostik (PID) positiv gewürdigt, dass nun Rechtssicherheit herrsche. Es sei ihm aber wichtig festzustellen, dass Fortpflanzungsmedizin in Deutschland mit großem Verantwortungsbewusstsein betrieben und in Anspruch genommen werde. „Ich möchte Medizinerinnen und Medizinern sowie den Paaren nicht mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüberreten“.

Allerdings hält Schneider die Freigabe der PID in dem heute verabschiedeten Gesetz für „zu weit gehend“ und verweist auf die Erklärung des Rates der EKD vom 15. Februar 2011. Er hätte eine Zulassung der PID nur für den Ausnahmefall einer mit großer Wahrscheinlichkeit drohenden Tot- oder Fehlgeburt persönlich vorgezogen, sagte Schneider heute in Düsseldorf.

Ausdrücklich aber würdigte der Ratsvorsitzende den Entscheidungsprozess der Politikerinnen und Politiker. „Sie haben sich Zeit gelassen, mit großem Ernst gedacht und diskutiert und, wie es dieser Sache angemessen ist, fraktionsübergreifend der persönlichen Entscheidung Raum gegeben“, sagte Schneider.

Hannover, 7. Juli 2011
Pressestelle der EKD
Reinhard Mawick

Anmerkungen zum Beschluss des Bundestages zur beschränkten Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID)

Prof. Dr. W. Merbach, stellvertretender EAK-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt und Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, kommentiert den Beschluss zur PID.

Am 7. Juli 2011 beschloss der Deutsche Bundestag nach mehrstündiger, kontroverser Debatte mit absoluter Mehrheit (366 Ja- bei 260 Neinstimmen, Aussetzung der Fraktionsdisziplin) eine beschränkte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) in Deutschland. Eine parlamentarische Entscheidung war nach dem im Juli 2010 erfolgten Freispruch des Berliner

Arztes Matthias Blöchle durch den 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes notwendig geworden, der sich selbst anzeigte, nachdem er in mehreren Fällen Paaren mit Hilfe der PID zu gesunden Kindern verholfen hatte.

Nach dem Bundestagsvotum ist die PID nur dann erlaubt, wenn die genetische Disposition der Eltern bzw. eine schwerwiegende Embryonenschädigung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer schweren Erbkrankheit bzw. zu Tot- oder Fehlgeburten führen würden (1). Sie wird zudem an strenge Vorschriften geknüpft, zu denen die qualifizierte Beratung und die schriftliche Zustimmung der Mutter, das Votum einer Ethikkommission, die Durchführung ausschließlich in lizenzierten Zentren, die zentrale Dokumentation und Berichterstattung der Bundesregierung zählen (2). Nach Aussage der FAZ (1) wird die Anwendung der PID bei jährlich ca. 200 Paaren in Deutschland erwartet.

Dennoch ist die PID bekanntlich nach wie vor sehr umstritten. Dies zeigen

unterschiedliche Stellungnahmen vor und nach dem Bundestagsbeschluss.

Während beispielsweise der 23. Bundestagparteitag der CDU im November 2010, die Bundesvorstände des EAK, der Seniorenunion und der Jungen Union oder Vertreter der Kirchen mehrheitlich für ein Verbot der PID eintraten (4, 5, 6, 7) bzw. den Bundestagsbeschluss vom 7. 7. 2011 bedauerten (8), plädierten z. B. der Deutsche Ärztetag, ein beträchtlicher Teil der Mitglieder des Deutschen Ethikrates oder Präses Schneider mehr oder weniger deutlich für die PID in eng gesteckten Grenzen (1, 9, 10).



Mikroskopische Aufnahme einer menschlichen Eizelle in die zu Demonstrationszwecken eine Injektionsnadel eingeführt wird

Dabei werden von beiden Seiten (vgl. z. B. 3, 7, 8, 11, 12, 13, 14) ernst zu nehmende Argumente ins Feld geführt, die hier nur skizzenhaft vorgetragen werden können. Die Gegner der PID folgern aus der Nichtverfügbarkeit menschlichen Lebens, dass Eingriffe in die menschliche Fortpflanzung, insbesondere die

Selektion von Embryonen sozusagen nach „Qualitätstest“ vom christlichen Verständnis her nicht akzeptabel sind (z. B. bei 8). Der Embryo sei von der Befruchtung an „biologisch unzweifelhaft ein Mensch“ (7), dessen Würde und Unversehrtheit zu schützen ist. Die PID verweigere diese Anerkennung des Lebens von Anfang an und begründe eine moralisch nicht zu rechtfertigende Herrschaft der Lebenden über die Ungeborenen (7). In einigen Fällen wird die PID sogar in die Nähe der Eugenik gerückt, die „unwertes“ Leben aussondere (12) und außerdem Behinderte stigmatisiere. Darüber hinaus wird befürchtet, dass die PID als Eingangstor für die Konstruktion von Kindern nach Maß missbraucht werden könnte.

Nach dem Bundestagsvotum ist die PID nur dann erlaubt, wenn die genetische Disposition der Eltern bzw. eine schwerwiegende Embryonenschädigung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer schweren Erbkrankheit bzw. zu Tot- oder Fehlgeburten führen würden.

Anmerkungen zum Beschluss des Bundestages zur beschränkten Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID)

Die Kernfrage:

Die Frage nach dem Beginn menschlichen Lebens oder der genauen zeitlichen Definition des Stadiums, ab dem der Embryo als unverwechselbare, eigenständige menschliche Persönlichkeit gelten kann.

Die Befürworter der PID (vgl. z. B. bei 1, 2, 3, 13, 14) weisen darauf hin, dass diese Methode auf die **In-vitro-Fertilisation (IVF)** (künstliche Befruchtung außerhalb des Mutterleibes) beschränkt ist, die vielen Paaren den ersehnten Wunsch nach einem (gesunden) Kind ermöglichen würde bzw. (im Ausland) schon ermöglicht habe. Wegen der hohen mütterlichen Belastung durch die IVF sei ein Missbrauch (Retortenbaby) nicht zu befürchten. Menschenwürde und Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens schlossen Eingriffe in natürliche Lebensvorgänge (z. B. Krankheitsbekämpfung, Impfung etc.) nicht aus. Die PID trage ferner der individuellen Entscheidungsbefugnis („reproduktive Autonomie“) der Paare Rechnung (14). Sie sei weiterhin auch deshalb positiv zu beurteilen, weil sie der Mutter eine mögliche spätere Abtreibung erspare. Die dargestellte Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Argumentation dürfe wohl auf die unterschiedliche Bewertung biologischer und ethischer Grundlagen zurückgehen. In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, die bei der Embryonenuntersuchung angewendeten Untersuchungsmethoden kurz vorzustellen:

Bei der **Präimplantationsdiagnostik (PID)** werden Embryonen, die durch künstliche Befruchtung (in-vitro – Fertilisation, siehe oben) im „Reagenzglas“ entstanden sind, mittels zytologischer und molekulargenetischer Methoden auf das Vorhandensein von Anlagen von Erbkrankheiten oder auf Chromosomenanomalien untersucht, ehe diese in die Gebärmutter eingepflanzt werden. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, schwer erbgeschädigte Embryonen nicht in den Uterus einzupflanzen. Die Zellentnahme erfolgt entweder 3 Tage (der Embryo enthält zu diesem Zeitpunkt 6 bis 10 nicht ausdifferenzierter Zellen: Embryobiopsie) oder 5 Tage nach der Befruchtung (der Embryo enthält nun eine äußere Zellschicht, aus der später die Plazenta hervorgeht, und eine innere Zell-

schicht, aus der sich später der Fötus entwickeln kann :Blastozystenbiopsie) (vgl. bei 15).

Davon zu unterscheiden ist die **Präfertilisationsdiagnostik (PFD)**, die kurz nach dem Eindringen des Spermiums in die Eizelle, aber noch vor der Zellkernverschmelzung die Polkörper (Polkörperbiopsie) der Eizelle diagnostiziert (siehe bei 16). Diese bisher schon zulässige Methode erfasst aber nur die genetischen Anlagen der Mutter. Genau so wie die PID diagnostiziert dieses Verfahren nicht-ausdifferenzierte Embryonalzellen.

Für bereits ausdifferenzierte Föten im Mutterleib steht die allgemein angewandte **Pränataldiagnostik (PND)** zur Verfügung, die sowohl nicht-invasive (außerhalb des Körpers bzw. der Gebärmutter vorgenommen, z. B. Sonographie) als auch invasive Methoden (innerhalb des Uterus: Chorionzottenbiopsie, Fruchtwasseruntersuchung, Nabelschnurpunktion) umfasst. Obwohl letztere nicht ohne Risiko (z. B. der einer Fehlgeburt) sind, gehören sie zum gebräuchlichen Arsenal, und ihre Unterlassung kann im Falle einer späteren Geburt behinderter Kinder sogar zum Schadensersatzanspruch gegenüber den betreffenden Ärzten führen (17). Falls bei der PND nicht therapierbare Fehlbildungen/Behinderungen des Fötus festgestellt werden, kann dies dann die Indikation für einen Schwangerschaftsabbruch („Spätabtreibung“) sein. Offensichtlich ist also bislang das bereits ausdifferenzierte Kind im Mutterleib viel weniger gesetzlich geschützt als der frühe Embryo in der „Petrischale“.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die widersprüchliche Beurteilungen der PID, so scheinen dabei zumindest zwei Kernfragen eine Rolle zu spielen, und zwar:

Die Frage nach dem **Beginn menschlichen Lebens** oder der genauen zeitlichen Definition des Stadiums, ab dem

Anmerkungen zum Beschluss des Bundestages zur beschränkten Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID)

der Embryo als unverwechselbare, eigenständige menschliche Persönlichkeit gelten kann. Ist dies bereits nach dem Eindringen des Spermiums in die Eizelle und der dabei erfolgenden Plasma-, aber noch vor der Kernverschmelzung der Fall? Schon zu diesem Zeitpunkt wäre die Embryonalentwicklung zum Individuum unumkehrbar, wenn man sie nicht unterbricht. Dann aber wäre auch die PFD zu hinterfragen. Oder ist der Embryo im Stadium von 6 bis 10 undifferenzierten Zellen „unzweifelhaft biologisch ein Mensch“ (7)? Oder kann man erst nach 14 Tagen (also nach Differenzierungsbeginn), wie in England üblich (18), von einer Persönlichkeit mit menschlicher Würde sprechen, deren Lebensrecht zu sichern wäre, aber die früheren Embryonalstadien nur mit „Respekt“ behandeln? (vgl. z. B. 19). Je nach ethischem Standpunkt wird die Verantwortbarkeit von Eingriffen (wie der PID) zu diesen Stadien unterschiedlich eingeschätzt werden. Biologisch gesehen kann man das Vorliegen einer Persönlichkeit bei einem frühen, undifferenzierten Embryonalstadium jedoch nicht zwingend beweisen. Ethisch kann man demgegenüber diesem frühen Embryo aber durchaus die Unverletzbarkeit zusprechen, weil aus ihm bei günstigen Bedingungen (Einpflanzung in den Uterus) eine menschliche Persönlichkeit werden kann.

Die Frage nach **gleicher Schutzwürdigkeit unterschiedlicher Embryonalstadien**. Hier befindet sich unsere Gesellschaft offensichtlich in einem moralischen Dilemma, weil sie dem Lebensschutz künstlich erzeugter, noch nicht ausdifferenzierter Embryonen (zumindest bisher) größeres Gewicht beimisst als späteren Entwicklungsstadien. Anderenfalls müsste ein Schwangerschaftsabbruch bis zum 3. Monat (zu diesem Zeitpunkt ist der Embryo weitgehend ausdifferenziert und biologisch ganz unzweifelhaft ein Mensch!), noch dazu ohne ernsthafte Indikation verboten sein, denn sie versagt einem gesunden Fötus das Lebensrecht. Die Zahl dieser

Abbrüche geht in die Hunderttausende, ist also unvergleichlich größer als die potentiellen PID- Selektionen. Übrigens spricht auch die Spätabtreibung mit medizinischer Indikation dem geschädigten Fötus (der biologisch unzweifelhaft ein Mensch ist) dieses Lebensrecht ab. Delikat ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass ein bei künstlicher Befruchtung entstandener und dann eingepflanzter, undifferenzierter Embryo, für dessen Lebensrecht die PID- Gegner eintreten, später, wenn er zu einem ausdifferenzierten, aber geschädigten Fötus herangewachsen ist, durchaus nach dem Willen der Mutter (Eltern) noch abgetrieben werden kann (Schwangerschaft auf „Probe“) und das bei ungleich höherer Belastung für die Mutter. Natürlich gibt es nachvollziehbare ethische Gründe, die PID und die darauf folgende selektive Einpflanzung des undifferenzierten Embryos abzulehnen, man sollte dann aber korrekterweise gleichzeitig auch jede spätere Abtreibung nachdrücklich verurteilen, was aber oftmals nicht geschieht. Anderenfalls könnte leicht der Eindruck einer selektiven ethischen Wahrnehmung entstehen.

Bei Abwägung aller genannten Gesichtspunkte scheint mir die vom Bundestag beschlossene eingeschränkte Zulassung der PID unter strengen Auflagen ein gangbarer Kompromiss zwischen der Sicherung des Lebensrechtes des frühen Embryos und der Erfüllung eines sehnlichen Kinderwunsches bei IVF zu sein.

Quellenverzeichnis

- (1.) FAZ 8. Juli 2011: Präimplantationsdiagnostik – Die Abgeordneten folgen ihrem Gewissen und nicht dem Fraktionszwang
- (2.) Gesetzesentwurf zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (U. Flach, P. Hintze u. a.) 2011
- (3.) Beschlüsse und Redebeiträge des 23. Parteitags der CDU Karlsruhe November 2010
- (4.) T. Rachel: Zur Debatte um die

... ein gangbarer
Kompromiss
zwischen der
Sicherung des
Lebensrechtes des
frühen Embryos
und der Erfüllung
eines sehnlichen
Kinderwunsches.

Anmerkungen...

Zeugung auf Probe

**„Zwei Wochen
Krieg in Europa
kosten mehr, als
uns die
Europäische
Gemeinschaft in
ihrer ganzen
Geschichte
gekostet hat.“
(Jean-Claude
Juncker)**

- Präimplantationsdiagnostik.
Evang.Verantwortung 1+2, 2011, S. 12
- (5.) Junge Union: SU- Manifest
„Kultur des Lebens“ ist unterstützenswert, Medieninformation 5.7. 2011
- (6.) bistum.augsburg.de 7. Juli 2010
- (7.) Pressemitteilung Evangelische Kirche Mitteldeutschlands, Evangelische Kirche Anhalt, Bistum Magdeburg vom 29. 6. 2011
- (8.) Leipziger Volkszeitung 9./10. Juli 2011: CDU- Politiker kritisieren Entscheidung
- (9.) Stellungnahme Deutscher Ethikrat zur Präimplantationsdiagnostik, März 2011
- (10.) N. Schneider: Interview „Die Welt“ v. 12. 10. 2010
- (11.) Enzyklier Evangelium Vitae, Johannes Paul II, 19. 5. 1995
- (12.) J. Habermas: Die Zukunft der menschlichen Natur. Auf dem Wege zu einer liberalen Eugenik, Suhrkamp Frankfurt/Main 2002
- (13.) K. Bayertz: Die Idee der Menschenwürde: Problem und Paradoxien. Arch. Rechts- u. Sozial-philosophie 81, 1995, 465 – 481
- (14.) H. Haker: Ethik der genetischen Frühdiagnostik. Mentis Paderborn 2002
- (15.) A.R.Thornhill, A. H. Handysite: Human embryo biopsy procedures. In: D. K. Gardner, A. Weismann, C. M. Howles, Z. Shokem (Hrsg.): Textbook of Assisted Reproduction Techniques, London 2009, S. 191- 205
- (16.) M. Montag u. a.: Polar body biopsy. In: D. K. Gardner u. a., siehe (15.),S. 371- 379
- (17.) O. Tolmein: Wann ist der Mensch ein Mensch. Ethik auf Abwegen. München/Wien 1993
- (18.) U. Ziegler: Präimplantationsdiagnostik in England und Deutschland. Ethische, rechtliche und praktische Probleme, Campus Frankfurt/Main 2004
- (19.) G.Maio: Welchen Respekt schulden wir dem Embryo? Die embryonale Stammzellforschung in medizinethischer Perspektive. Deutsche Medizinische Wochenschrift 127(4), 2002, 160-163, sowie: Warum der Embryo Würdeschutz und nicht nur Respekt braucht, Das Beispiel der Reproduktionsmedizin. Ztschr. f. Medizinische Ethik 55(1), 2009, 90 - 95

Edgar Dahl kommentiert die Entscheidung zur PID

Die Präimplantationsdiagnostik ist durch, aber die Heuchelei hat immer noch kein Ende.

Gut 20 Jahre nach der Entwicklung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ist sie nun endlich auch in Deutschland erlaubt. Praktisch ist das am 7. Juli 2011 verabschiedete Gesetz ein großer Erfolg. Denn Paare, die befürchten müssen, ein Kind mit einer schweren Erbkrankheit zu bekommen, müssen nun nicht länger heimlich in die Niederlande, nach Belgien oder Spanien reisen. Sie können die genetische Untersuchung eines im Rahmen der In-vitro-Fertilisation erzeugten Embryos jetzt auch hierzulande durchführen lassen.

Theoretisch ist das neue Gesetz aber eine große Niederlage. Erstens ist es beschämend zu sehen, dass es die Politiker mehr als ein ganzes Jahrzehnt gekostet hat, um einzusehen, dass man die Präimplantationsdiagnostik nicht verbieten kann, wenn man die Pränataldiagnostik (PND) erlaubt. Wenn es gestattet ist, einen Fetus abzutreiben, muss es selbstverständlich auch gestattet sein, einen Embryo zu verwerfen.

Zweitens enthält das Embryonenschutzgesetz nun einen eklatanten Widerspruch. Man kann die PID nicht durch einen bloßen Zusatz zu Paragraph 3 billigen, solange man nicht bereit ist, Paragraph 2 zu ändern. Denn in Paragraph 2 heißt es nach wie vor: "Wer einen menschlichen Embryo zu einem nicht seiner Erhaltung dienenden Zweck verwendet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft." Im Rahmen der PID werden nun aber bewusst mehr Embryonen erzeugt als ausgetragen werden sollen. Die Embryonen, die von einer genetischen Erkrankung betroffen sind, werden "verworfen" und damit offenkundig zu einem nicht ihrer Erhaltung dienenden Zweck verwendet.

Drittens strotzt der verabschiedete Gesetzentwurf mit seiner Formulierung, das die PID "rechtswidrig, aber straffrei" sei, nur so von Heuchelei. Dieselbe ver-

Zeugung auf Probe

logene Formel ist bereits bei der Neuregelung des Paragraphen 218 bemüht worden. Wenn man die Durchführung eines Verfahrens für rechtswidrig erklärt, muss sie in irgendeiner Form mit Sanktionen belegt werden. Statt dessen sollen nach dem Willen des Gesetzgebers für die PID sogar eigene Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Doch wie kann es angehen, dass der Staat rechtswidrige Handlungen finanziert?

Viertens soll der Zugang zur PID auf Paare beschränkt bleiben, bei denen ein hohes Risiko besteht, dass seine Kinder unter einer "schwerwiegenden Erbkrankheit" leiden werden. Mit dieser Regelung sucht man zu suggerieren, dass es starker "medizinischer" Gründe für eine PID bedarf. Der Verweis auf eine "medizinische Indikation" ist jedoch vollkommen irreführend. Wann auch immer ein Paar von der PID Gebrauch macht, hat es dafür persönliche, nicht aber medizinische Gründe. Wenn es beispielsweise zu verhindern sucht, ein Kind mit Trisomie 21 zu bekommen, tut es dies, weil es schlicht und einfach kein Baby mit Down-Syndrom aufziehen will. Möglicherweise hat das Paar bereits zwei Kinder und befürchtet, dass es ihnen nach der Geburt eines Babys mit Trisomie 21 nicht mehr dieselbe Aufmerksamkeit widmen können. Vielleicht tut es dies auch nur, weil es sich eines Kindes mit Down-Syndrom schämt. In keinem Falle hat es jedoch etwas mit "medizinischen" Gründen zu tun.



Edgar Dahl

Willkür einer Ethik-Kommission abhängig machen lassen? Nachdem die PID für "rechtswidrig, aber straffrei" erklärt worden ist, muss eine vorherige medizinische und psychologische Beratung genügen.

Wie eingangs schon betont, begrüße ich die Entscheidung des Bundestages, die PID zu entkriminalisieren. Doch wenn er dies schon tut, sollte er auch offen und ehrlich sein und sich nicht hinter leeren Phrasen verstecken. Die intellektuelle Redlichkeit gebietet es zuzugeben, dass menschliches Leben in diesem Land eben nicht "vom Zeitpunkt der Befruchtung an" unter dem rechtlichen Schutz des Staates steht.

Edgar Dahl

Dahl E.: Zeugung auf Probe. In: www.spektrumdirekt.de vom 14.07.2011. Abdruck mit Genehmigung der Spektrum Wissenschaft Verlagsgesellschaft mbH Heidelberg, 2011.

Dr. Edgar Dahl ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Molekulare Biomedizin und Dozent für Medizinethik an der Universität Münster. Neben Fragen der Bioethik beschäftigen ihn Probleme der Moralphilosophie, Rechtsphilosophie und Religionsphilosophie.

Und fünftens schließlich soll die PID nur nach vorheriger Zustimmung durch "eine interdisziplinär zusammengesetzte Ethik-Kommission durchgeführt" werden dürfen. Dies ist jedoch eine vollkommen unangemessene Bevormundung der betroffenen Paare. Warum soll es die Möglichkeit zu einer PID von der

Die Präimplantationsdiagnostik ist durch, aber die Heuchelei hat immer noch kein Ende.

Christen wählen Grün? Der Weg in eine Relativitäts-Theologie durch Wut-Gutmenschen

Christen wählen Grün? Der Weg in eine Relativitäts-Theologie durch Wut-Gutmenschen.

Von Lucas Wehner, B.S. (1)

Immer wenn ich in Deutschland zu Besuch bin - ich studiere seit 2007 an einer privaten, christlichen Universität in Kalifornien - bekomme ich einen ganz neuen Blick auf die politische Landschaft in Deutschland. Dann versuche ich, Verwandte, Freunde, Glaubensgeschwister und Geschäftspartner zu treffen. Die vielen Gespräche zeigen mir dann oft, wo es Veränderungen gab.

Wenn ich mich heutzutage mit Glaubensgeschwistern in Deutschland unterhalte, dann bemerke ich oft, dass vor allem junge Christen die Politik des Bündnisses 90/Die Grünen teilen. Es ist nicht zu übersehen, dass das Bündnis 90/Die Grünen zunehmend in die Kirche vordringt. Schon 2009 gab es ja eine Veranstaltung des Bündnisses 90/Die Grünen mit Dr. Margot Käßmann in Hannover, die

„Christen wählen Grün“ getitelt war. (2)

Auch die Grünen haben eine „Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen Bündnis 90/Die Grünen“ die im Übrigen, meiner theologischen Auffassung nach, eher humanistische als christliche Ziele hat: „Vielmehr wollen wir von Fall zu Fall christlich fundierte Handlungsorientierungen vermitteln. [...] Wir positionieren uns dabei nicht auf Grund dogmatischer Vorgaben, vielmehr findet stets eine Meinungsbildung statt, in die auch die subjektiven Glaubensüberzeugungen unserer Mitglieder Eingang finden.“ (3) Es ist ein Hauch von Relativität, die es jedem frei stellt, was Jesus denn mit seinem Leben und Wirken ausdrücken wollte. Dabei glaube

ich, dass Matthäus 7,13-14 eine sehr ernstzunehmende Bibelstelle ist: „Gehet ein durch die enge Pforte. Denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis abführt; und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist eng, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt; und wenige sind ihrer, die ihn finden.“ (Luther-Bibel 1545).

Warum ist es aber, dass junge Christen, die Menschen allgemein, gerade an einer Relativitäts-Theologie der Grünen Gefallen finden? Im Zeit-Artikel „Wissen wir es besser?“ vom 12. Mai 2011 findet man zum Teil Antworten auf diese Frage, denn dort verteidigte die grüne Bundestagsabgeordnete, Kirchentags-Präsidentin und EKD-Synoden-Präses, Katrin Göring-Eckard, den „Gutmenschen“.

In diesem Artikel schreibt Sie: „Im Gut-Bürger und in der Gut-Bürgerin verbinden sich Pragmatismus und Idealismus, Orientierung und Maßstäbe mit dem klaren Blick fürs Machbare.“ (4) Dabei ist der Gut-



mensch ein Wesen, das nach relativer Moralvorstellung agiert. Je nach eigenem Interesse urteilt der Gutmensch und verkauft jede seiner Aktionen als „gut“. Es ist aber gerade dieser Gutmensch, der auch Wutbürger ist, ein Wort, das 2010 zum Wort des Jahres gewählt wurde. Demnach finden wir den grünen Christen auf einer Friedensdemonstration gegen den Afghanistan-Krieg wie auch bei der Sitzblockade vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof. Für den grün-christlichen Wut-Gutmenschen ist es eine Gradwanderung, auf der einen Seite für Pazifismus einzutreten, aber auf der anderen Seite mit Steine-werfenden Demonstranten zusammensitzen. Er tut es aber. Es ist eben so eine Gradwanderung für

„Gehet ein durch die enge Pforte. Denn die Pforte ist weit, und der Weg ist breit, der zur Verdammnis abführt; und ihrer sind viele, die darauf wandeln. Und die Pforte ist eng, und der Weg ist schmal, der zum Leben führt; und wenige sind ihrer, die ihn finden.“
(Luther-Bibel 1545)

Christen wählen Grün? Der Weg in eine Relativitäts-Theologie durch Wut-Gutmenschen

die grüne Bundespolitik. Als 2007 die Bundesregierung durch die damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, MdB, für das christliche Jugendfestival „Christival“ in Bremen, an dem rund 20.000 Jugendliche teilnahmen, die Schirmherrschaft übernahm, gab es vor allem bei den Grünen Aufschreie der Empörung. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck forderte damals, dass die Bundesministerin ihre Schirmherrschaft zurückziehen solle, nachdem er von dem Seminar zum Thema „Homosexualität verstehen – Chance zur Veränderung“ hörte, eines von über 250 Seminaren auf dem Jugendfestival. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung im Deutschen Bundestag wurde das Christival damals fast ausschließlich nur unter dem Gesichtspunkt dieses Seminars betrachtet(5). Das Seminar wurde schließlich abgesagt, da die Referenten „das Christival nicht in eine unnötige Diskussion bringen“ wollten. (6)

Vier Jahre später, 2011, befinden sich viele junge Christen, die damals auch schon beim Christival in Bremen waren, auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden. Die Präsidentin des Kirchentages ist eine grüne Bundestagsabgeordnete: Katrin Göring-Eckard. Zu dem Programm des von ihr geleiteten Kirchentages taucht in der Programmdatenbank auf der Kirchentags-Website auch der Vortrag mit Erfahrungsberichten und Podiumsdiskussion „Homosexualität lässt sich doch ändern!

– Wirklich?“ über Konversationstherapien und wissenschaftliche Studien auf. (7) Dabei war diese Veranstaltung schon fast als Protestveranstaltung auf das Christival-Seminar von 2007 zu werten. Der Kirchentag wird eben grüner, was nicht nur an den Schals gelegen haben muss. Der Wut-Gutmensch erfreut sich am Reden der Friedenstheologen wie Dr. Margot Käßmann, die ja das Beten mit Taliban bei Kerzenlicht in einem Zelt besser fände als die Bombardierung von Tanklastwagen. (8)



Genau hier finden wir wieder

den Idealismus des Gutmenschen, der gleichzeitig aber auch als Wutbürger gegen den Krieg in Afghanistan demonstriert. Dabei gibt es viel Positives, dass wir vor allem durch deutsche Soldaten in Afghanistan erreicht haben. Letztes Jahr arbeitete ich als Hospitant für drei Monate in der AG Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion im

Deutschen Bundestag und beschäftigte mich dort hauptsächlich mit dem Thema Afghanistan. Wir dürfen zuerst einmal nicht vergessen, dass es unser NATO-Bündnis war, das am 11. September 2001 von verblendeten Terroristen, die in Afghanistan ausgebildet wurden, angegriffen wurde. Damals starben fast 3.000 Menschen. Heute kann die Regierungskoalition stolz darauf sein, dass 2010 6,2 Mio. Kinder, Mädchen und Jungen, in über 3.500 neue Schulen in Afghanistan gingen, während es 2001 nur 1,2 Mio. Jungen waren. Eines dieser Mädchen ist Fazilla (13), die seit einiger Zeit nun schon an der Skateboard-Schule „Skateistan“ in Kabul nicht nur Sport treiben kann, sondern auch Lesen und Schreiben lernt. Sie darf sich selbst

Heute kann die Regierungskoalition stolz darauf sein, dass 2010 6,2 Mio. Kinder, Mädchen und Jungen, in über 3.500 neue Schulen in Afghanistan gingen, während es 2001 nur 1,2 Mio. Jungen waren.

Christen wählen Grün? Der Weg in eine Relativitäts-Theologie durch Wut-Gutmenschen

verwirklichen – als Mädchen! Weiterhin sind es die 37% weniger Drogenanbaufläche zwischen 2007 und 2009, die ein Erfolg sind, denn so kommen auch weniger Drogen zu uns nach Europa. (9) Dass bei dem Erreichen dieser Erfolge deutsche Soldaten fallen, ist eine traurige Realität, aber Mädchen wie Fazilla werden es ihnen nie vergessen. Unsere Soldaten und ihre Familien brauchen keine Kommentare wie „Nichts ist gut in Afghanistan“, sondern brauchen unsere Unterstützung. Die Unterstützung brauchen aber auch die Afghanen, indem wir sie mit deutschen Soldaten beschützen, weil der Mensch ein Sünder ist und es Menschen gibt, welche die sicherheits-suchenden Afghanen umbringen wollen.

Genau das ist realistische Politik, wie wir für Menschen da sind. Warum aber ist das realistische Politik, die mit der Bibel konform ist? Es ist eine Politik, die mit der Bibel konform ist, weil sie weder humanistische Traditionen noch das Bild des Gutmenschen für wahr hält. Paulus erzählt uns ganz eindeutig in seinen Brief an die Römer 3, 23-24, dass alle Menschen Sünder sind: „Denn es ist hier kein Unterschied: sie sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes, den sie bei Gott haben sollten, und werden ohne Verdienst gerecht aus seiner Gnade durch die Erlösung, so durch Jesus Christus geschehen ist“ (Luther-Bibel 1545). Im Gegensatz dazu verkaufen aber Theologen wie Frau Dr. Käßmann und Politikerinnen wie Katrin Göring-Eckard, dass der Mensch gut ist und man somit doch auch mit den Taliban lieber im Zelt beten sollte als diese mit militärischen Kräften zu bekämpfen.

Es soll aber natürlich auch nicht heißen, dass wir für unsere Feinde nicht beten können. Jesus fordert uns dazu sogar in Matthäus 5, 44-45 auf. Aber auch Jesus wusste, dass seinem Vater unter menschlicher Sicht zwei Königreiche gehören, welche unter göttlicher Sicht eines ist. Es gibt ein Königreich, dass wir Welt nennen und in dem wir Politik machen, um so die Schöpfung zu bewahren und den Sünden des Menschen durch die Justiz entgegenzuwirken. Die Bestätigung dazu finden wir in der Bundestheologie, die im Calvinismus vor allem sehr verbreitet ist. Der

Noachidische Bund legt uns so zwischen 1. Mose 8,20 und 1. Mose 9,17 dar, dass wir für das, was uns der Herr gegeben hat, eine Verantwortung haben. Diese Verantwortung übernehmen wir in Politik, Justiz, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft zum Beispiel. Ich denke, dass grüne Christen die These auch noch teilen würden.

Leider ist der Mensch aber nicht in der Lage, diese Verantwortung voll auszufüllen, weil wir in allem, das wir tun, Sünder sind, was ja auch durch Paulus in Römer 7, 7-25 dargelegt wird. Den Gutmenschen gibt es also nicht. Jesus Christus allein ist die Erfüllung aller Bünde mit dem Vater und gilt deshalb ja auch als „letzter Adam“. Bis zu seiner zweiten Rückkehr können wir nur weiter Verwalter Gottes auf Erden sein und leben neben dem Königreich Welt auch noch in dem Königreich der Erlösten. (9) Das heißt, dass wir in einer besonderen Gemeinschaft als Geschwister leben und schon ein wenig von dem kosten dürfen, was uns einmal im Himmel erwarten wird.

Es scheint mir jedoch, dass viele grüne Christen diese Zeit des Königreichs Jesu heute schon leben möchten: eine Welt ohne Sünde. Es ist fern des Realismus. Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass ein Fokus auf den Gutmenschen und die Ablehnung von Sünde eine Vergewaltigung der Frohen Botschaft ist, weil es den Menschen ins Zentrum stellt und nicht Gott. Die Schöpfung kommt hier vor seinem Schöpfer, was ich theologisch nicht vertreten kann. Bis zu dem Zeitpunkt des Königreiches wird es noch viel Leid geben, Kriege werden geführt werden und Naturkatastrophen werden sich häufen.

Als Verwalter Gottes in der Politik können die CDU-Christen aber wirken, indem sie eben in Afghanistan Menschen helfen und durch die Bundeswehr auch für Frieden in Europa sorgen. Weiterhin kann sich die CDU für soziale Unternehmer, soziales Bank- und Finanzierungswesen einsetzen, was heißt, dass wir nicht ablehnen, dass Firmen Profite machen, aber wir uns mehr noch aber dafür einsetzen, dass Unternehmer durch ihre Firmen Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und mehr als die

Als Verwalter Gottes in der Politik können die CDU-Christen aber wirken, indem sie eben in Afghanistan Menschen helfen und durch die Bundeswehr auch für Frieden in Europa sorgen.

Christen wählen Grün? Der Weg in eine Relativitäts-Theologie durch Wut-Gutmenschen

Rendite anstreben – eine gesellschaftliche Veränderung. Es ist ein Prozess hin zur menschenwürdigen Wirtschaft. Unternehmer dürfen wir doch nicht ablehnen, weil sie mit Geld arbeiten. Afghanistan dürfen wir doch aber nicht ablehnen, weil dort gekämpft wird. Wir leben halt in der Welt, aber sind nicht von dieser Welt, wie es immer so schön heißt. Wenn wir diese Botschaften wieder viel mehr in die Kirchen bringen, dann bin ich mir sicher, dass wir dann auch wieder eine Veranstaltung mit dem Titel „Christen wählen schwarz“ durchführen können, weil nur wir diejenigen sind, die Handlungsmöglichkeiten für zukünftig zunehmend kritische Gesellschafts-, Politik- und Wirtschaftssituationen haben werden. Menschen wie der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, können uns hier als Beispiel dienen, denn seit Jahren engagiert er sich für die 100 Mio. verfolgten Christen auf der Welt, weil andere Sünder sie töten wollen. Sein Engagement und das vieler anderer Kollegen in den Kommunen, Landtagen und im Deutschen Bundestag müssen wir bei den Christen kommunizieren!

Leserbriefe können gerne an die folgende E-Mail-Adresse geschickt werden: Lucas.Wehner@calbaptist.edu.

(1.) Der Autor, Lucas Wehner, ist studierter Bachelor of Science in Unternehmensführung und Politikwissenschaften der California Baptist University. Als Teil seines Studiums gehörten auch ein Semester Theologie, wo er sich vor allem mit Paulus und der frühen Gemeinde beschäftigte. An der CBU ist er Referent für Internationale Studentenangelegenheiten und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Internationale Politik. Er studiert zurzeit im Master of Business Administration-Programm an derselben Universität und hospitierte in der Vergangenheit im *Public-Diplomacy*-zuständigen Referat der Deutschen Botschaft Washington, DC und in der AG Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Seine Interessensfelder sind Soziales Unternehmertum, Wertegeleitete Politik, Außenpolitik und Organisierte Kriminalität.

(2.) *Grüne Hannover: Christen wählen Grün* (2009). Bündnis 90/Die Grünen Hannover. Entnommen am 17. Juni 2011 durch <http://www.gruene-hannover.de/themen/kultur/2764164.html>

(3.) *BAG Christeninnen und Christen: Unser Selbstverständnis* (2010). Bündnis 90/Die Grünen Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen. Entnommen am 17. Juni 2011 durch http://www.gruene-bag.de/cms/default/dok/76/76625.unser_selbstverstaendnis.htm

(4.) Zeit Online: Wissen wir es besser? (12.05.2011)

(5.) Kues, Hermann. *Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Josef Philip Winkler u.a. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 16/7917 vom 24. Januar*

(6.) *Christival: Nach harscher Kritik Seminar über „Homosexualität“ abge sagt* (09.01.2008). Christival. Entnommen am 17. Juni 2011 durch <http://www.christival.de/presse.pdf>

(7.) *Deutscher Evangelischer Kirchentag: Programmdatenbank* (2011). Deutscher Evangelischer Kirchentag. Entnommen am 17. Juni 2011 durch [http://www.kirchentag.de/no_cache/programm/programmdatenbank.html?tx_saltpgh_pi1\[showUid\]=2363](http://www.kirchentag.de/no_cache/programm/programmdatenbank.html?tx_saltpgh_pi1[showUid]=2363)

(8.) Jungholt, Torsten. Welt Online: Beten mit Taliban statt Kanonenbootpolitik (03.06.2011). *Die Welt*. Entnommen am 17. Juni 2011 durch http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13409663/Beten-mit-Taliban-statt-Kanonenbootpolitik.html

(9.) Van Drunen, David. (2010). *Living in God's Two Kingdoms: A Biblical Vision for Christianity and Culture*. Wheaton, Illinois: Crossway Books.

Wei terhi n kann
si ch di e CDU
für sozi al e
Unternehmer,
sozi al es Bank-
und
Fi nazi erungs-
wesen
ei nsetzen, was
hei ßt, dass
wi r ni cht
abl ehnen, dass
Fi rmen Profi te
machen, aber
wi r uns mehr
noch aber
dafür
ei nsetzen,
dass
Unternehmer
durch Ihre
Fi rmen
Verantwortung
für die
Gesel l schaft
übernehmen und
mehr al s die
Rendi te
anstreben –
ei ne
gesel l schaft-
li che
Veränderung.

Mission und Toleranz

Unter dem Titel „Mission und Toleranz“ fand eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 21.-23.01.2011 in Wendgräben statt, über die unser Vorstandsmitglied Herr Dietze in Auszügen berichtet. In der letzten Ausgabe behandelte er die Vorträge „Toleranzgrenzen innerhalb des Islam und nach außen“, „Wir haben eine Mission - begeistern weitergeben befreien“ und einige Eindrücke von einem Besuch der Franckeschen Stiftungen.

In dieser Ausgabe wird weiter über die Geschichte der Franckeschen Stiftungen berichtet und ein Bericht zur Lage der Christen im Nahen Osten und zum interreligiösen Dialog gegeben. Obwohl die Tagung im Januar stattfand und der „arabische Frühling“ noch nicht zu ahnen war, werden die grundsätzlichen Betrachtungen weiter aktuell sein.

Zur Geschichte der Franckeschen Stiftungen in Halle

Nach dem Mittagessen startete die Gruppe dann zu einer fachkundigen Führung durch die historischen Räume der Franckeschen Stiftungen in Halle. Beeindruckend war die Sammlung im Naturalienkabinett, die restaurierte barocke Bibliothek von 1726/28, die Wandsprünge im Treppenhaus des Hauptgebäudes, die anlässlich eines Besuches der Stiftung der preußische König Friedrich Wilhelm I. äußerte, und die kostengünstige Bauweise des gesamten Gebäudeensembles.

Im Amerikazimmer des Hauptgebäudes begrüßte uns Prof. em. Dr. Helmut Obst, um uns anschließend mit seinem Vortrag „August Hermann Francke – Leben und Werk – Die Geschichte der Franckeschen Stiftungen – Aktuelle Fragen der Missionswissenschaft“ eine umfassende Übersicht über diese Themen zu geben. August Hermann Francke wurde am 22.3.1663 in Lübeck geboren. Durch den Umzug seiner Eltern nach Gotha erhielt er dort die nötige Ausbildung für ein Universitätsstudium. Ostern 1679 begann er in Erfurt ein Studium der Philosophie, sowie Theologie und befasste sich mit Griechisch. Im gleichen Jahr

studierte er an der Universität in Kiel die gleichen Fächer. Bei Esdras Edzard in Hamburg studierte er Hebräisch. 1682 kehrte er nach Gotha zurück, um nach einem Selbststudium 1684 an der Universität Leipzig sein Theologiestudium fortzusetzen. Den Magistertitel erwarb er sich 1685 in Leipzig. Durch die Bekanntschaft mit Philipp Jacob Spener, dem Begründer des lutherischen Pietismus, kam er offenbar in eine Glaubenskrise. Diese überwand er 1687 durch das Erlebnis einer Erweckung bei einer Ausarbeitung zu einer Predigt. Im Herbst 1689 gab es Ärger mit Kollegen in Leipzig, da er in seinen erbaulichen Zusammenkünften („collegia biblica“) die Damenwelt sowie normale Bürger dazu einlud und die Briefe von Paulus auf Deutsch las. Das war eine nicht zu tolerierende Abweichung von der akademischen Norm. Trotz einer Verteidigung von Thomasius wurde er als Anhänger einer pietistischen Sekte aus Leipzig ausgewiesen. Die Bezeichnung Pietist war ein Spotname. Der Leipziger Professor für Poesie Keller dichtete darüber. Der Titel lautete „Der Tod eines Pietisten“. Auch sein Gang nach Erfurt ins Pfarramt endete durch Unruhen mit Entlassung aus dem Pfarrdienst und Universitätsverbot (1691). Seine pietistische Grundhaltung wurde auch in seiner Pfarrstelle in Halle-Glauchau an der St. Georgen-Kirche (1692–1715) nach 6-monatiger Tätigkeit deutlich. Der Konflikt mit der Stadtgeistlichkeit in Halle, entzündete sich an der Tatsache, dass er die soziale Not und Verwahrlosung bekämpfte. Das war nicht erst 1693 (Glauchaisches Gedenkwort). Durch seine Kontakte, die bis zu König Friedrich Wilhelm I. reichten, bekam er das Pfarramt an der St. Ullrich-Kirche (1715-1727). Er war Praktiker. Er sagte sich: „Ich muss bei den Kindern anfangen, denn diese brauchen leibliche und geistliche Nahrung“. Damit war der Weg vorgegeben. 1694 wurde er an der Universität Halle Professor für Griechisch und orientalische Sprachen. Das Studium der Bibel und eine Ausbildung für die spätere praktische Arbeit im Pfarrdienst war das vom Pietismus geprägte Ziel der theologischen Ausbildung, die Francke vorantrieb. 1695 begann Francke, Kinder in seiner

Die Bezeichnung
Pietist war ein
Spotname.

Mission und Toleranz

Gemeinde in Glaucha zu unterrichten (Waisenschule). 1698 – 1700 erfolgte der Bau des Hauptgebäudes der Franckeschen Stiftungen als Kopfbau. Die sich daran anschließenden, den Hof umrahmenden Seitenflügel dienten als Saal (2000 Plätze), Unterrichts- und Wohnzwecken (z.B. Waisenhaus). Diese Gebäude waren im kostensparenden Fachwerk ausgeführt. Im Mansardendach des Hauptgebäudes ist das berühmte Naturalienkabinett untergebracht (gesammelt wurde dafür seit 1698). Das Bibliotheksgebäude wurde von 1726 – 1728 errichtet. Nach Georg DEHIO ist es das älteste, nur dem Zweck als Bibliothek dienende Gebäude Deutschlands. Im Obergeschoß ist der Saal mit den ursprünglichen Kulissenregalen wieder original hergestellt worden (1998). Die Bibliothek enthält etwa 100 000 Werke aus der Zeit des 16. – 18. Jh.

In den verschiedenen Gebäuden waren Armenschule (im Tausch gegen Kost verstand er es, Studenten für die Lehrtätigkeit zu gewinnen), Bürgerschule (um durch Erhebung einer entsprechenden Schulgeldhöhe die Armenschule mit zu finanzieren), Waisenhaus, Werkstätten (bekannte Druckerei, 1697, die selbst in Amharisch, einer semitischen Sprache Äthiopiens, druckte und sie damit als Schriftsprache etablierte), eine Buchhandlung und auch eine Apotheke (1702) untergebracht. Anfangs war alles nur durch Spenden finanziert. Später kamen Eigenleistungen durch seine schriftstellerische Tätigkeit, durch erhaltene fiskalische Privilegien des Preußischen Staates und anstaltseigene Betriebe (Vieh- u. Lebensmittelhandel, Druck der „Halleschen Zeitung“, Landbesitz der Stiftung) hinzu. Mit der Dänisch-Halleschen Mission und der Cansteinischen Bibelanstalt versuchte Francke, eine weltweite „Generalreformation“ in Gang zu setzen.

Durch einen ausgedehnten Pflanzengarten, den er anlegen ließ, war es möglich, dass 255 Studenten und 150 Schüler mit gesunder Nahrung gepflegt werden konnten. Man muss wissen, dass es zu dieser Zeit in Deutschland 106 Lehrer



August Hermann Francke

gab, die 1725 Kinder beschulten. Es waren 32 Lehrer an bürgerlichen Schulen mit 400 Schülern. An Gymnasien gab es 27 Lehrer, die 82 Zöglinge unterrichteten.

Im Schulbereich der Franckeschen Stiftungen gab es 100 Schüler und 34 Lehrer ! 1727 waren es bereits 1700 Schüler und 170 Lehrer.

Im Alter von 67 Jahren, am 08.06.1727 starb A. H. Francke in Halle.

Die Zeit nach seinem Tod.

Das Erbe übernahm sein Sohn Gotthilf (1696 - 1769) und danach der Schwiegersohn von A. H. Francke, Johann

Anastasius Freylinghausen.

Mit dem ausgehenden 18. Jh. setzte die Aufklärung dem Pietismus zu. Er galt als rückständig, nicht zeitgemäß. Die Stiftungsschulen verloren an Einfluss. Erst mit August Hermann Niemeyer (1754 – 1828) begann mit seinem Amtsantritt 1799 eine sanfte Modernisierung. Er gilt als der zweite Stifter. Seinem Geschick war es zu danken, dass die Franckeschen Stiftungen auch die Wirren der Napoleonzeit überstanden.

1828 endete die Direktorenzeit

von Niemeyer. Die Amtszeit von Niemeyer fiel in die Blütezeit der Erweckungsbewegung (1815 - 1830). Diese religiöse Richtung legte es weniger auf theologische Ausgestaltung, sondern mehr auf das persönliche Leben des Einzelnen an. Die nachfolgenden Leiter der Stiftungen konnten sich dem Geist der Aufklärung immer weniger entziehen und so wurden die schulischen Teile der Stiftung in der Folgezeit immer mehr zur „Schulstadt“ und folgerichtig in das preußische Bildungssystem integriert. Im Kaiserreich sank die Schülerzahl durch die sich durchsetzende Aufklärung und dem ins Hintertreffen gelangten Pietismus.

Die Erweckungsbewegung (1815 - 1830) entdeckte neue Betätigungsfelder. Zu nennen sind die Beachtung und Förderung von Arbeiterkindern. In dieser Zeit sind auch die Väter der Inneren Mission anzusiedeln. Mission und Bildungsverbretung waren wesentliche Dinge, die erkannt und umgesetzt wurden. Als Beispiel sei ein Vertreter der

Er sagte sich:
**„Ich muss bei den
 Kindern anfangen,
 denn diese
 brauchen
 leibliche und
 geistliche
 Nahrung“.**

Mission und Toleranz

Mission genannt. Es handelt sich um Gustav Warneck, der an der Universität Halle 1896 eine Honorar-Professur für Missionswissenschaft erhielt, die er später als 1. deutscher Lehrstuhlinhaber für diese Fachrichtung weiter ausbaute. Nach dem 1. Weltkrieg kam es zu einer begrenzten Blütezeit, die durch die Nationalsozialisten jäh beendet wurde. Ihr religiöser Charakter verschwand. Durch einen Erlass des Präsidiums der Provinz Sachsen kamen die Franckeschen Stiftungen (Gebäude, Vermögen, Betriebe) zur Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die Pädagogische Fakultät der Universität übernahm die Gebäude und es wurde die Arbeiter- und Bauernfakultät „Walter Ulbricht“ (ABF), die in einem 3-jährigen Ausbildungsgang zur Hochschulreife führte, eingerichtet. Eine Episode soll nicht unerwähnt bleiben. Otto Grotewohl (Ministerpräsident der DDR) verschenkte aus der Stiftungsbibliothek ein Werk von Comenius (Jan Amos Komensky, 1592 - 1670, tschech. Theologe u. Pädagoge). Durch den Bau von Halle-Neustadt wurde zur Verkehrserschließung eine Hochstraße gebaut, die über das historische Gelände führte. Nach dem Ende der ABF setzte der Verfall der Gebäude ein. Ab dem Winter 1989 begannen die Sicherung der Bausubstanz und der Wiederaufbau des Gebäudekomplexes.

Interessant war die Bemerkung von Prof. Obst, als er nach der Wende im Senat bemerkte, ob man sich nicht darüber Gedanken machen sollte, die Franckeschen Stiftungen der Stiftung wieder zu übergeben und die Stiftungen aus dem Verband der Universität herauszulösen. Es war, als hätte er gefordert, den Adel wieder einzuführen. Der Neuanfang war eine riesengroße Herausforderung. Es ging ja nicht nur um die Sanierung der maroden Gebäude, sondern auch darum, welchen Inhalten diese Gebäude dann dienen sollten. Das ist ein Wachstumsprozess.

3 Taler und 16 Groschen waren der Grundstock des Stiftungskapitals für die Franckeschen Stiftungen, das sich in der Armenbüchse des Pfarrhauses, die mit einer Aufschrift versehen war, fand. Für dieses Geld wurden Bücher für die Armenschule gekauft. Der „Erfolg“ war ernüchternd. Nur 3 Kinder hatten die Bücher behalten, alle anderen hatten die

Bücher verkauft.

In Vorbereitung einer Predigt in Lüneburg stellte Francke - bedingt durch das Thema - fest, dass es keinen Gott gibt. Er betete darüber. Es stellte sich eine Bekehrung zu dem dreieinigen Gott ein. Sein Credo: Man muss wissen. Wie kann es sein, dass in einer Nachbargemeinde für die Aufstockung des Kirchturms gesammelt wird und in einer anderen Gemeinde die Kinder verhungern. Das war der Anfang seiner Reformpläne, die alle Stände umfasste. Seine Problemsicht war weltweit ausgerichtet. Er wollte die Welt verändern, indem er die Menschen veränderte. Die Theorie des Sozialismus war genau umgekehrt. Bedingt durch niederländischen und englischen Einfluss kam es 1678 zur Bildung innerkirchlicher Gesellschaften. H. W. Ludolf, ein Anhänger von Francke, wurde 1686 Sekretär des dänischen Prinzen Georg (späterer Prinzgemahl der Königin Anna von England). Er war von der Idee einer Universalkirche beherrscht und unternahm 1698 - 99 zu diesem Zweck eine Missionsreise in den Orient. Das Collegium Orientale, das Francke 1702 in Halle zur Unterstützung dieser Missionsreise gründete, geht auf seine Anregung zurück. Es sollten nach Ludolf orientalische und slawische Sprachen gelehrt werden.

Ludolf vermittelte A. W. Böhme (1673 - 1722), einen Schüler Franckes, als Hofprediger nach London. Königin Anne unterstützte die von ihm nach Halle gesandten englischen Schüler (damit das „Englische Haus“ errichtet). Er übersetzte Franckes Schriften ins Englische und machte somit Francke in England bekannt. Die lutherischen Gemeinden in den damaligen Kolonien (Pennsylvania und Georgia) waren über diese englische Schaltstelle mit Halle verbunden. Unterstützt wurde Francke auch von dem reformierten Prediger Malow in Boston. Die Wurzeln pietistischer Gemeinden in englischen Kolonien und Amerika sind in Halle zu suchen. Von den 20 000 aus Salzburg vertriebenen Lutheranern sind einige nach Amerika übergesiedelt und gründeten dort Ebenezer in Georgia. Sie wurden von Francke unterstützt. Der lutherische Theologe H. M. Mühlberg (1711 - 1787), der Pfarrer in Groß Hennersdorf bei Herrnhut war, wurde 1742 nach Pennsylvania geschickt, um die

Otto Grotewohl
verschenkte aus
der Stiftungs-
bibliothek ein
Werk von Comenius
(Jan Amos
Komensky, 1592 -
1670, tschech.
Theologe u.
Pädagoge)

Mission und Toleranz

Bitte einer Gemeinde zur Sendung eines Pfarrers zu realisieren und auch materielle Unterstützung (Geld für eine Druckerei) zu leisten. In dieser Zeit vagabundierten zweifelhafte Pastoren. Es wurden dadurch auch Gelder veruntreut. Ab 1744 sandte Mühlberg laufend kurze Berichte über das Leben in den Gemeinden nach Halle. Bis 1787 wurden von Halle aus 10 Pfarrer nach Pennsylvania geschickt. H. M. Mühlberg gilt zu Recht als der Gründer der lutherischen Kirche in den USA. Er hatte aufgrund seiner rastlosen Tätigkeit großen Einfluss gewonnen und war zum Sprecher des USA Kongresses berufen worden und an der Ausarbeitung der Verfassung der USA beteiligt. Die Ostindische Mission kam durch die Initiative des dänischen Königs zustande. Es ging nicht, so seine Auffassung, dass nur die katholische Kirche an der Süd-West-Küste Indiens (Malabarküste) und in Japan Mission betreibt und nicht die Lutheraner. Die Auffassung der Lutheraner war zu dieser Zeit, dass Mission nur zur Zeit der Apostel nötig war. Die Lutheraner Bartholomäus ZIEGENBALG und Heinrich PLÜTSCHAU reisten deshalb über Kopenhagen 1706 nach Indien. Diese beiden waren die ersten evangelischen Missionare Deutschlands, und damit ist auch die Wurzel der evangelischen Mission in Halle begründet. Der Gouverneur HASSIUS der dänischen Kolonie Tranquebar (heute Tarangambad) behinderte die Missionare massiv. Da sie erst die Landessprache lernen mussten, wurden sie von ihm als faul eingestuft und als Helfer des Königs angesehen. Das endete mit einer Gefangennahme der beiden, die erst durch den König wieder aufgehoben wurde. Die Gefangennahme war insofern für die Missionsarbeit von Nutzen, da sie gegenüber den Indern ihre Unabhängigkeit vom Gouverneur bewiesen. Die fundierten Sprachkenntnisse und seine Kenntnis der indischen Religi-



onen ließen ZIEGENBALG bald sehr bekannt werden. 1711 war es soweit, dass mit der Unterstützung von Francke, der Schriftsetzer und Druckausrüstung sandte, das von Ziegenbalg ins Tamilische übersetzte Neue Testament gedruckt werden konnte. Ziegenbalg war auch sozial engagiert. Er gründete eine Jungen- und Mädchenschule und ein Kinderheim. Die erste tamilische Gemeinde, die er gründete, war die erste tamilische Gemeinde mit evangelisch-lutherischen Glauben. Diese Gründung war der Grundstock für die noch heute existierende Tamilisch Evangelisch-Lutherische Kirche in Tranqueba (Tamil

Evangelical Lutheran Church). Nicht unerwähnt soll bleiben, dass Graf von ZINZENDORF (1700 - 1760) am Pädagogium Regium Franckes als 10-jähriger eingeschult wurde. Er empfand es als zu streng, aber es sollte ihn für sein Leben prägen. J. H. CALLENBERG gründete 1728 das erste protestantische Institut für orientalische Sprachen

(hebräisch, syrisch und neugriechisch) auf dem Stiftungsgelände der Franckeschen Anstalten (Institutum Judaicum et Muhammedicum). Dieses Institut bestand bis 1792. Es war für die als wichtig erachtete Mission von Juden und Muslimen eine Voraussetzung. Es zeigte sich aber alsbald, dass die missionarischen Ergebnisse sehr bescheiden waren und in keiner Weise Erfolge wie in der Indienmission aufzuweisen hatte. Orientalische Christen unterstützten die Missionstätigkeit unter Juden und Muslimen. In Indien (Tranqueba) gab es schon 21 Schulen und einheimische Pfarrer wurden ausgebildet. 1733 wurde der erste indische Christ (Aaron) als Pfarrer ordiniert. Gotthilf August Francke übernahm die Leitung der Mission und trieb sie weiter voran. 1740 begannen die Kriege der indischen Fürsten gegen die Briten. Das löste eine große Krise in der Missionstä-

Das heutige Problem, so Prof. Obst, ist, dass Mission als nicht notwendig betrachtet wird und demzufolge nicht stattfindet.

Mission und Toleranz

tigkeit aus. Das endgültige Aus begann mit den Napoleonischen Kriegen. Mission konnte nur noch von Großbritannien aus betrieben werden und folglich verlagerte sich die Missionstätigkeit von Deutschland nach England.

Das heutige Problem, so Prof. OBST, ist, dass Mission als nicht notwendig betrachtet wird und demzufolge nicht stattfindet. Doch nach Prof. OBST, und nicht nur nach ihm, gehört Mission zum Christentum! Es ist unabdingbar, dass ein Christ seinen Glauben bekennen muss. Nach Prof. OBST gibt es 7 – 8 Prozent Christen unter den Bewohnern von Halle. Der Begriff Inkulturation beinhaltet einen Kulturtransfer, aber um diesen geht es nicht! Es geht um den Glauben! Der Talar und die preußische Agenda sind es nicht. Im Neuen Testament ist auch nicht die Rede von Harmonien zwischen den Religionen. Die Frage der Kasten in Indien ist bis heute nicht gelöst. Von Halle ging das Signal nach Indien „es sind alle gleich“ und dennoch ist es bis heute schwierig, dass Christen, die unterschiedlichen Kasten angehören, gemeinsam Abendmahl zu feiern. Auch heute wird bei der Aufnahme in einer kirchlichen Schule gefragt: „Welcher Kaste gehörst du an?“ Am Dresdner Hof redete auf Grund seines christlichen Verständnisses der Hofprediger die Fürstlichkeiten mit „Du“ an. Ein Skandal war die Folge. Wie damals, so auch heute die Probleme: Gewinnung von Einheimischen, die Frage der Finanzierung, da die Kirchenmitglieder aus den unteren Bevölkerungsschichten kommen, und die verschiedenen Mentalitäten unter einen Hut zu bekommen. Es tritt immer wieder Versorgungsmentalität auf, die auch in Unterschlagungen ausföhrt. Die Frage bleibt immer aktuell: Wie lange Unterstützung gewähren?

Die Lage der Christen im Nahen Osten und der Interreligiöse Dialog der Bundesregierung mit dem Islam – Zustand und Ausblick

Nach dem Gottesdienst in Loburg und einer Besichtigung der Stadtkirche St. Laurentius (955 von Otto dem Großen gegründet) erreichte die Tagung noch einen informativen Höhepunkt durch den Vortrag von Botschafter Dr. Heinrich KREFT vom Auswärtigen Amt in

Berlin. Sein Thema lautete: „Die Lage der Christen im Nahen Osten und der Interreligiöse Dialog der Bundesregierung mit dem Islam – Zustand und Ausblick“.

Als Diplomat war Dr. KREFT in Bolivien und den USA. Er ist Sonderbeauftragter für intrakulturelle Kulturen.

Der Vortrag fußt natürlich nicht auf dem inzwischen für viele nicht erwarteten Geschehen auf der Südseite des Mittelmeeres und der Arabischen Halbinsel. Dennoch dürfte die Sicht der Dinge vor diesem Geschehen noch einmal die Tragweite der Aufbrüche verdeutlichen. Das Neujahrstag-Attentat in Ägypten war ein aktuelles Zeichen für Terror und Gewalt und damit der Grund für den unaufhaltsamen Exodus der orientalischen Christen. Die katholische Kirche berief die orientalischen Kirchenfürsten zu einem Sondergipfel nach Rom ein. Der Orient erlebt eine Säuberung von Christen. Unter 48 Millionen Muslimen leben 17 Millionen Christen. Die Christen haben in den genannten Ländern einen prozentualen Anteil von 0,2 im Iran, 0,32 in der Türkei, 1,55 im Irak, 2,25 in Israel, 1,94 in Palästina und 32 im Libanon an der Gesamtbevölkerung (Angaben nach: P. JOHNSTONE, 2003, Gebet für die Welt, Hänssler Verlag). Im Irak leben zwei Drittel der 1,2 Millionen Christen im Exil. Die Lage der Christen im Nahen Osten ist differenziert zu betrachten. Sie reicht von dramatisch bis stabil. In Israel - Palästina ist Haifa das Zentrum. 2,1 Prozent der arabischen Bevölkerungsgruppe sind traditionell griechisch-katholisch oder griechisch-orthodox. Übergriffe der griechisch-orthodoxen Kirche kommen vor und das auch in Israel. Im palästinensischen Gebiet ist der Islam Staatsreligion. Anhänger anderer Religionen werden geschützt und toleriert. Der Schutz durch den Westen wirkt sich fördernd aus. Auch die gemeinsamen Erfahrungen von Muslimen und Christen gegenüber dem israelischen Staat zeigen eine verbindende Wirkung. Das zeigt der Besuch von palästinensischen Führern in Nazareth und Bethlehem. Unter den Christen hier ist eine starke Neigung zur Auswanderung vorhanden. Als Ursachen gelten: die Auswirkung der israelischen Besatzung, die bessere Bildung der Christen gegenüber den Muslimen und damit bessere

Der Orient erlebt eine Säuberung von Christen.

Mission und Toleranz

Integrationschancen im Westen. Im israelischen Parlament sind die Christen mit 10 Prozent vertreten.

Im Gazastreifen gibt es wie in der Westbank keine Diskriminierung. Es gibt wenig Übergriffe wegen westlicher Lebensweise (z. B. Alkoholausschank, kontrolliert durch Moralwächter), aber je konservativer die Auslegung des Korans, desto größere Gefährdung der Christen.

Es gibt wenig Christen.

In Syrien herrscht ein laizistisches Staatsverständnis gegenüber anderen Staaten, die sich als islamisch verstehen. Syrien wurde 1946 von Frankreich unabhängig (Ende des Mandates). Bis zum Putsch 1970 Unruhen. Dann durch die Baath Party (sozialistische Partei der ara-

sche Druck von muslimischen Staaten wird dadurch geringer. Die Religionsfreiheit ist in der Verfassung verankert.

In der Verfassung von 1973 ist aber auch durch den Präsidenten Hafiz al-Assad festgelegt, dass dieser islamischen Glaubens sein muss. Nach Dr. KREFT gibt es 12 % Alewiten, 72 % Sunniten und 10 % Christen. Es gibt einen Druck aus der Türkei, dass Deutschland syrische Alewiten aufnehmen soll.

In Jordanien steht die Religionsfreiheit ebenfalls in der Verfassung. Hier gibt es 95 % sunnitische Muslime und 3 - 4 % Christen, für die 9 Sitze im Parlament reserviert bleiben. Christen sind überproportional in der Wirtschaft zu finden, aber natürlich nicht im Militärbereich. In diesem Bereich wirkt immer noch das

Trauma
des



Kirche in Beirut

bischen Wiederauferstehung) unter herausragender Mitwirkung von Michel Aflaq (1910 – 1989), des syrischen Christen und pan-arabischen Nationalisten, der später zum Marxisten „konvertierte“, eine Minderheitsregierung unter den Alewiten. (Die Alewiten haben aus dem schiitischen Islam abgeleitete religiöse Sonderformen. Sie erkennen die heiligen Schriften der Juden, Christen und Muslime an. Sie gelten nicht als Muslime, sondern als Sekte, die zwischen 1970 und 1980 besonders von marxistischen Vorstellungen geprägt waren.) Nach dem Putsch übernahm der Vater des heutigen Baschar al-Assad Hafiz das Verteidigungsministerium und später das Präsidentenamt. Die sunnitischen Muftis tolerieren diese Staatsidee. Um eine Radikalisierung der sunnitischen Mehrheit zu verhindern, wird eine sanfte Islamisierung versucht. Der politi-

„Schwarzen Septembers“ nach. (Die PLO bildete nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 einen Staat im Staate. Die PLO-Fraktion verübt einen Anschlag auf König Hussein am 2.9.1970. Danach fast Zustand eines Bürgerkrieges zwischen PLO-Milizen und jordanischer Armee. Syrien schickt zur Unterstützung der PLO Panzer. Diese werden von der jordanischen Armee zurückgeschlagen. Nasser vermittelt. Die PLO muss in den Libanon ausweichen. Arafat geht nach Kairo.). Trotz der Palästinenser unternimmt das Königshaus wenig, um Anhänger anderer Religionen zu drangsalieren. Es gibt keine Probleme bei der Religionsausübung. Grenzen werden dort gesetzt, wo islamisches Recht berührt wird. Das betrifft vor allem die Ehe. Wenn eine Ehe scheitert, kann der ehemals christliche Partner nicht mehr zu seiner Religion zurück! Das ist ver-

Im israelischen Parlament sind die Christen mit 10 Prozent vertreten.

Mission und Toleranz

boten.

Der Libanon war ebenfalls französisches Mandatsgebiet. Von 1919 - 1941. Die Lage ist ambivalent. Nach dem christlichen französischen Projekt ist es ein konfessioneller Staat. Die Verfassung von 1946 nimmt für die zu vergebenden Staatsämter den Bevölkerungszensus von 1932 als Grundlage. Da gab es noch 54 % Christen gegenüber 32 % von heute (P. JOHNSTONE, 2003). Demzufolge war die Mehrheit Christen und das war mit dem Amt des Präsidenten, der maronitischer Christ sein musste, verbunden. Der Ministerpräsident folglich Sunnit und der Parlamentspräsident Schiit. Da sich durch die massive Flüchtlingswelle von Palästinensern und der Ansiedlung der PLO die Mehrheiten zu Gunsten der Muslime verschoben, kam es zu Forderungen nach der Macht durch die Muslime, die in einem 16-jährigen Bürgerkrieg endete (1975 - 1990). Das Eingreifen der syrischen Armee gab dem Land einen zweifelhaften Frieden zurück. Die Anzahl der Schiiten ist durch stärkere Geburtsraten gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen im Süden des Landes angewachsen. Immer noch sind die Schiiten die Ärmsten der Armen. Für Israel war die im Süden des Libanon anwesende PLO ein Dorn im Auge. Auch die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Schatila galten als Rückzugsgebiete der PLO für die Israelis. Es verwundert daher nicht, dass Israel nach Möglichkeiten suchte, die für sie bedrohlichen Quellen zu beseitigen oder zu schwächen. Vorausgegangen war ein Attentat auf christliche Führer, unter ihnen der kurz vorher zum Präsidenten gewählte Baschir Gemayel. Dieser Mord galt als Motiv für den Racheakt an den Palästinensern in Sabra und Schatila. Das Problem ist, dass die Christen nicht von der Macht lassen wollen, das syrische Modell abgelehnt wird und die Muslime einen muslimischen Staat errichten wollen.

Das von Dr. KREFT genannte syrische Modell sieht die weitere Einflussnahme Syriens auf die Verhältnisse im Libanon vor. Der sich immer mehr vergrößernde Riss zwischen Sunniten (Hauptsponsor Saudi-Arabien) und Schiiten (Hauptsponsor Iran) verlangt einen Schiedsrichter, den wollen natürlich die Syrer spielen. Als Ausgleich zwischen

Christen und Muslimen wurde im Abkommen von Taif (Saudi-Arabien), das den libanesischen Bürgerkrieg beendet, vereinbart, dass es keine konfessionsbezogene Ämterverteilung mehr gibt. Damit ist auch nach Aussage von P.

JOHNSTONE (2003), der Libanon das einzige arabische Land, wo der Islam nicht Staatsreligion ist.

Die muslimischen Länder der Arabischen Halbinsel sind laut Dr. KREFT einer differenzierten Betrachtungsweise zu unterziehen, da es kaum bodenständige Christen gibt.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten gibt es durch die ausländischen Arbeiter 10 % Christen. In Bahrein sind es 9 %. Meistens sind es Philippinos, Europäer und Amerikaner.

In den Emiraten genießen die ausländischen Christen, bedingt durch die radikalen wirtschaftlichen Veränderungen, eine relative Freizügigkeit.

Der Emir von Katar stellte im Jahr 2000 Land für einen Kirchenbau zur Verfügung. Diese wurde 2008 eingeweiht. Die Bedingung war, dass kein Kreuz und keine Glocken den Bau als Kirche kennzeichnen. Ausländer machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus.

In Saudi-Arabien, das nach P. JOHNSTONE (2003) den 1. Platz in der Welt im Verfolgungsindex einnimmt, sind alle anderen Religionen verboten. Selbst islamische Richtungen, die nicht dem strengen Wahhabismus angehören, werden verfolgt. Den dort tätigen ausländischen Christen (6,5 %) ist es verboten, sich zu religiösen Handlungen zu treffen. Christen erhalten bei Schadensfällen nur 50 % der ermittelten Schadenssumme gegenüber den wahhabitischen Muslimen ersetzt. Im Gepäck dürfen keine Bibeln sein! Eine Nichtbeachtung dieses Verbotes führt selbst bei westlichen Ausländern zum Einreiseverbot, andere werden interniert. Was „privat“ passiert, ist nicht definiert. Es gibt Wohlfahrtsvereinigungen, die den Bau von Moscheen etc. finanzieren. Muslimische Philippinos werden finanziell massiv unterstützt und ebenso der radikale Islam in Afghanistan und Pakistan. Die Hochschule (Medrese in der islamischen Welt genannt) von Katar wird z. B. von Saudi-Arabien unterstützt. Die AL Azar-Universität in Kairo gilt noch als der „Vatikan des Islam“. Durch die starke

Der Libanon ist das einzige arabische Land, wo der Islam nicht Staatsreligion ist.

Mission und Toleranz

Förderung der Universitäten in Mekka und Medina ist ihr Ruf allerdings fallend. Der Wahhabismus als strengste Form des Islam (Moslembrüder in Ägypten) ist in Afrika inzwischen zum Problem geworden.

Im Irak verschlechtert sich die Lage der Christen dramatisch. Von ursprünglich 1,2 Millionen Christen leben zurzeit noch 300 000 im Irak. Die meisten sind nach Syrien und Jordanien ausgewan-

Ziel ist die Entchristianisierung des Landes.

In Ägypten ist der Islam Staatsreligion. Es gibt 10 % Christen, die hauptsächlich der Koptischen Orthodoxen Kirche angehören. Kleine Teile von orthodoxen Kirchen sind mit Rom liiert. Die Christen gehören sowohl zu den Reichsten als auch zu den Ärmsten der Bevölkerung. Die Christen werden rechtlich diskriminiert. In den letzten Jahren wurde immer



In einer koptischen Kirche

dert. Die Rückkehr gilt als unwahrscheinlich. Die Mehrheit der Christen gehört der orthodoxen syrischen Kirche und der mit Rom liierten chaldäischen Kirche an. Die Stadt Mosul (am Ufer des Tigris, gegenüber Ninive) ist Sitz der Metropolen der beiden vorgenannten Kirchen. Der Islam wurde zur Staatsreligion erklärt. Es ist aber das Recht auf freie Religionsausübung im Gesetz verankert. Es gibt keine Verfolgung durch den Staat, aber auch keinen Schutz von ihm bei Übergriffen muslimischer Gruppen. Viele Christen haben sich nach dem Norden (Kurdistan) geflüchtet. Nach den Aussagen christlicher Priester ist das nur eine taktische Maßnahme, die das Gefühl der Sicherheit geben soll. Deutschland wird auch 2011 wieder Christen aus dem Irak aufnehmen, obwohl ihre Bischöfe gegen die Auswanderung sind. In Basra sind nur noch die Alten zurückgeblieben. Die Lage ist dramatischer als es die Zahlen ausdrücken. Von radikalen Muslimen wurde die Kathedrale in Bagdad gestürmt. Durch anhaltende Pogrome werden immer wieder Christen drangsaliert und erschossen. Verantwortlich dafür zeichnet Al-Kaida! Das

wieder von Fundamentalisten versucht, die Scharia als Staatsrecht einzuführen. Der Staat gab immer etwas nach, sodass der jetzige Zustand durch die unterschiedliche Rechtsauslegung des Staates und der der Scharia von einer Rechtsunsicherheit geprägt ist. Jeder Ägypter braucht eine Identitätskarte. Eine legale Arbeit ohne diese Karte ist nicht möglich. Wenn zum Beispiel der Vater Moslem ist, bekommt sein Kind keine Identitätskarte mit der Religionsangabe „Christ“, auch wenn das Kind es will und es der koptischen Kirche angehört. Es besteht kein Rechtsanspruch in diesem Fall. Moscheen sind gegenüber den Kirchen in der Überzahl. Ein weiteres Problem ist die Konversion zu einem anderen als den muslimischen Glauben. Es gibt kein Zivilrecht für die Ehe. Koptische Frauen können aus der Ehe heraus, wenn sie Muslime werden. Ein weiterer Faktor, der die Massen elektrisiert, ist, dass die koptischen Priester heiraten dürfen. Die Gerüchteküche ist immer am Kochen. So wird berichtet, dass zwei koptische Frauen von Priestern zum Islam konvertiert sind und deshalb die Frauen von der koptischen Kirche ver-

In Ägypten ist der Islam Staatsreligion. Es gibt 10 % Christen, die hauptsächlich der Koptischen Orthodoxen Kirche angehören. Kleine Teile von orthodoxen Kirchen sind mit Rom liiert.

Mission und Toleranz

steckt wurden. Man muss wissen, dass Verschwörungstheorien in der arabischen Welt sehr verbreitet sind. Streit um Land und Wasser werden oft religiös aufgeladen. So schossen drei Muslime auf aus der Kirche kommende Christen. Ein ganzes Jahr lang tat sich nichts, um die Täter zu ermitteln und vor Gericht zu stellen, obwohl man die muslimischen Täter, die stadtbekannt waren, kannte. Alle drei stammten aus Oberägypten und wurden jetzt zum Tode verurteilt. Das lange ruhende Verfahren und das jetzige Todesurteil sind mit politischen Verhältnissen zu erklären. Die Gottesdienste zu Weihnachten wurden durch ein Massenaufgebot von Polizei geschützt. Al-Kaida funktioniert hier als Ideengeber. Die Täter kommen aus Ägypten und auch die Hintermänner. Ein Polizist erschoss in Oberägypten Christen (Amokläufer). Jedoch hat der Täter bewusst nach Christen gesucht, denn ohne Kopftuch sind auf der Straße nur Christen und Ausländer anzutreffen. Es ist doch etwas eigenartig, wenn man weiß, dass das Wort Kopten eigentlich Ägypter heißt und die anderen die sind, die mit dem Schwert kamen, also die Eroberer.

Es ist jetzt die Zeit, dass die alten ägyptischen Eliten abtreten.

Für uns steht die Frage: Wie gehen wir damit um?

Dreh- und Angelpunkt ist die Religionsfreiheit und die Akzeptanz einer menschlichen Würde. Wichtig ist ein kollektives Freiheitsrecht, das aber auch die Religionslosigkeit einschließt. Dort, wo Gründe für die Einschränkung vorliegen, ist die Grenze. Alle Staaten haben die Religionsfreiheit akzeptiert, aber die Realität sieht anders aus. Die Apostasie (Abfall vom islamischen Glauben) wird als Form des politischen Aufruhrs gesehen und mit der Todesstrafe geahndet. In Ägypten sind es die Zugeständnisse der Mehrheit gegenüber der christlichen Minderheit. Das drückt sich auch im Verhältnis der Anzahl der Moscheen zu den Kirchen aus. In Ägypten gibt es keine grundsätzliche Verteilung der Christen. Es gibt nur Einschränkung durch Gewalt. Ein Problem ist, dass es keine autorisierte Auslegung des Korans gibt. Prof. Bielefeldt aus Erlangen ist UN-Sonderberichterstatter über Religion und Weltanschauungsfreiheit und in dieser Kommission der Vorsitzende. So wird auch von Deutschland aus

versucht, in der Welt die Grundsätze der Religionsfreiheit durchzusetzen und Betroffenen zu helfen. Seine Forderung ist, die Blasphemiegesetze (Gesetze, die die Lästerung Gottes bestrafen) abzuschaffen. Anfang Januar wurde der einzige christliche Minister Shabartz Bhatti im pakistanischen Kabinett (Minister für religiöse Minderheiten) von seinem Leibwächter in Islamabad erschossen. Drei rechtgläubige Frauen (nach islamischen Recht reicht diese Personenzahl aus) hatten bemerkt, dass seine Frau den Propheten beleidigt habe. Es gab keine Zeit, um den so Verurteilten durch das Gesetz außer Landes zu bringen.

Unter den Taliban wurden in Afghanistan Andersgläubige ausgerottet oder vertrieben. Nach der Vertreibung der Taliban durch die Amerikaner ist eine wiederkehrende Religionsfreiheit fraglich, da die Scharia wieder als Recht eingeführt wurde. Dr. KREFT meinte, dass eine Aufnahme von Christen aus diesem Land abgewogen werden muss, da es natürlicherweise noch vorhandene Gemeinden auslöscht.

Tunesien hat wenig Extremisten. Staatsreligion ist der Islam. Rechtsstaatlichkeit ist zwar gewährleistet, aber es mangelt an der Durchsetzung. Unter den Staaten mit islamischer Staatsreligion einer der freiesten. Die Türkei wurde fast ausgeblendet, da offenbar vieles bekannt ist. *Die Türkei ist ein säkularer Staat. Die Religionsfreiheit ist nicht immer gewährleistet. In den letzten Jahren regt sich mehr und mehr der Islam und entwickelt sich zu einem politischen Faktor. Aktionen gegen evangelikale oder orthodoxe Christen gehen meist von örtlichen Polizeibehörden aus.* (Kursivgeschrieben nach P. JOHNSTONE, 2003).

In der anschließenden Diskussion wurden noch einmal die Aussagen von Chr. WULF, „Christentum gehört zur Türkei“ als Aussage zur Geschichte und „Der Islam gehört zu Deutschland“ als Aussage zur Gegenwart zur Sprache gebracht.

Türkische Imame sollten in Deutschland ausgebildet werden. Bisher stammen die Imame aus der Türkei und werden vom türkischen Staat bezahlt. Damit ist gleichzeitig verbunden, dass die Imame selbst ein Integrationsproblem sind. Eine weitere Forderung ist, dass der Islamunterricht auf Deutsch stattfinden soll.

Holm Dietze, Schriftführer im EAK-Landesvorstand

Türki sche
I mame
Sol I ten
I n
Deutschl and
Ausgebi I det
werden.

Das Profil der CDU: Christen sollten mitmachen anstatt zu nörgeln!

Die von Erwin Teufel und anderen angestoßene Debatte ist eine Geisterdebatte. Die Kritiker der CDU müssen sich fragen lassen, ob sie ihre Forderungen „Mehr Empörung über 110.000 Abtreibungen im Jahr und sinkende Kinderzahlen, besserer Schutz von Ehe und Familie gegenüber homosexuellen Lebensformen und stärkere Förderung der innerfamiliären gegenüber der außerfamiliären Erziehung“ bei anderen Parteien besser aufgehoben sehen. Ist es nicht vielmehr so, dass ohne CDU und CSU schon längst alle Dämme gebrochen wären? Wenn Christen sagen, sie könnten die CDU nicht mehr wählen, wissen sie dann wirklich, was sie damit anrichten? Die naheliegendste Reaktion auf das angeblich verblässende christliche Profil wäre doch eine Initiative zu verstärkter politischer Mitwirkung von Christen! Oder wissen viele zu wenig über die Spielregeln unserer parlamentarischen Demokratie, in der das Mehrheitsprinzip gilt? Wer stärkt den Abgeordneten den Rücken, die mit großem Ernst aus christlicher Verantwortung

täglich um den besten Weg aus den schwierigen Situationen unserer Zeit ringen? Wer betet für sie, wer ermutigt sie und wer sorgt sich darum, dass sie nicht weniger, sondern mehr werden? Wo bleibt der Sturm der Entrüstung, wenn Kirchenvertreter auf Kirchentagen unverhohlen davon sprechen, sie könnten große Teile des Apostolischen Glaubensbekenntnisses nicht mehr mitsprechen, und dafür auch noch Beifall erhalten? Die These, wenn die CDU christlicher wäre, wendeten sich ihr die Wähler wieder in Scharen zu, entspricht einem unrealistischen Wunschdenken. Es sei denn, die allgemeine Nörgelei der Frommen hört endlich auf und mündet in tätige Mitverantwortung.

Dr.-Ing. Fritz Hähle, Vorsitzender der sächsischen CDU-Landtagsfraktion von 1994 bis 2008, 09224 Chemnitz/OT Gröna

Aus ideaSpektrum 32.2011 vom 10.08.2011



Vorankündigung

Seminar im BZ Schloss Wendgraben

**Beginn: Freitag, 27. Januar 2012
um 18.00 Uhr mit dem Abendessen**

**Ende: Sonntag, 29. Januar 2012
um 14.00 Uhr nach dem Mittagessen**

**„Was hält uns zusammen?“
Identitätszweifel und Identitätsstiftendes im 21. Jahrhundert**

Am letzten Wochenende im Januar 2012 wollen wir uns im Kreis zahlreicher EAK-Mitglieder und unserer Freunde im Rahmen eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wendgraben wieder mit Grundsatzfragen aus dem Feld „Religion und Politik“ auseinandersetzen.

Haben Prägungen des christlichen Abendlandes heute noch Bestand? Ist Patriotismus in Zeiten der Globalisierung noch lebbar? Markiert das Stichwort von der Leitkultur einen schmerzhaft empfundenen Mangel oder symbolisiert es den immer wieder neu zu erarbeitenden Konsens in unserer Gesellschaft?

Das, was uns im Innersten als Person zusammen hält, trägt das auch, um uns als ein einziges Volk oder als eine Gesellschaft zu konstituieren? Diese und andere Fragen wollen wir mit fachkundigen Experten diskutieren. Über zahlreiche Teilnehmer aus den Reihen des EAK würden wir uns sehr freuen.

Ansprechpartner: Peter F. Dietrich, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bildungszentrum Schloss Wendgraben
Wendgräbener Chaussee 1 / 39279 Wendgraben

Was für ein langes Leben (nicht) hilfreich ist

"Zu Anfang waren wir frustriert über den Stand der Forschung zu individuellen Unterschieden, Stress, Gesundheit und Langlebigkeit", sagt Howard Friedman. "Es war lediglich klar, dass manche Menschen eher erkranken, langsamer genesen oder früher sterben, während andere im selben Lebensalter voll erblühen." Verantwortlich dafür wurden alle möglichen Faktoren gemacht: Ängstlichkeit, Bewegungsmangel, nervenzerrüttende Arbeitsbedingungen, Unglaube, Pessimismus und vieles mehr, Daten gab es jedoch nicht, es fehlten die Langzeitstudien. Niemand hatte große Menschengruppen über längere Zeit studiert.

Da traf es sich gut, dass Friedman und seiner Kollegin Leslie Martin noch alte Unterlagen vorlagen: Ihr 1956 verstorbener Kollege Lewis Terman hatte 1921 eine Gruppe von hochbegabten Kindern zu studieren begonnen. Deren weitere Lebenswege und Todesumstände untersuchten Friedman und Martin nun, unterstützt von einem Team von mehr als hundert Studenten und Doktoranden. 20 Jahre nahmen sie sich Zeit für die Recherchen und Analysen - und wurden mit vielen klaren und ziemlich unerwarteten Antworten belohnt.

So stellte sich beispielsweise heraus, dass das Eheleben zwar gut für die Gesundheit von Männern ist, für Frauen jedoch keine große Rolle spielt. Während verheiratete Männer mit großer Wahrscheinlichkeit 70 oder älter wurden, erlebten weniger als ein

Drittel der geschiedenen Männer ihren 70. Geburtstag. Geschiedene Frauen dagegen wurden nahezu genauso alt wie ihre verheirateten Geschlechtsgenossinnen. Profitieren kann man auch von einem stressreichen Arbeitsleben: Kontinuierlich produktive Männer und Frauen lebten länger als diejenigen, die es eher ruhiger angehen ließen.

Vielleicht am überraschendsten war das Ergebnis, dass Glück und Gesundheit nicht in der Weise zusammenhängen, die die Forscher erwartet hatten: Nicht die fröhlichsten und humorvollsten der um das Jahr 1911 geborenen Mädchen und Jungen erreichten später das höchste Lebensalter. "Es waren die vorsichtigsten und hartnäckigsten Individuen, die am gesündesten blieben und am längsten lebten", sagt Howard Friedman. Die Luftikusse und Optimisten dagegen neigten zu riskanten Lebensentscheidungen und kümmerten sich zu wenig um Gesundheit und Sicherheit - was letztlich ihr Leben verkürzte. Um die Ergebnisse des kalifornischen "Longevity Projects" auf eine kurze Formel zu bringen: Glücklich sein macht nicht gesund, aber Glück und Gesundheit können das Resultat eines umsichtigen, produktiven und nachhaltigen Lebensstils sein.

Mitteilung der University of California,
Riverside

dapd/wissenschaft.de - Ruth Homburg

Impressum

Herausgeber:
Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortliche Redakteure:
Wolfgang Löw, Jürgen Scharf MdL

Texte:
Edgar Dahl, Holm Dietze, Peter F. Dietrich, Fritz Hähle, Wolfgang Merbach, Jürgen Scharf, Lucas Wehner

Bilder:
Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: August 2011
Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.